

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Wohnbauförderung bleibt ein aktuelles politisches Anliegen

Grosses Interesse und wertvoller Gedankenaustausch prägten die Informationstagung der JUNGEN FBP



Die Siedlung «Kleinfeld» in Schaan ist ein gutes Beispiel dafür, dass man auch auf engem Raum platzsparend bauen kann ohne sich deshalb eingengt zu fühlen. Unsere Aufnahme zeigt die Teilnehmer der Informationstagung der JUNGEN FBP am Samstag nachmittags während eines Rundganges durch die Mustersiedlung in Schaan unter fachkundiger Führung. (Bild: Eddy Risch)

Seit Inkraftsetzung des «Gesetzes über die Förderung des Baues von Eigenheimen» im Jahre 1958 (unter dem damaligen Regierungschef Alexander Frick) sind in Liechtenstein weit über tausend Eigenheime mit staatlichen Mitteln gefördert worden. Dementsprechend gross ist auch heute noch das Informationsbedürfnis in Sachen Wohnbauförderung und Eigentumsbildung. Im Rahmen einer Tagung im Erwachsenenbildungshaus Stein-Egerta in Schaan hat die JUNGE FBP diesem Bedürfnis, das vor allem unter jugendlichen Bauwilligen sehr stark vorhanden ist, Rechnung getragen. Die Fachreferenten Josef Biedermann, Hansjörg Hilti und Werner Näff sowie die Besichtigung einer Wohnbausiedlung und eine abschliessende Diskussion (der auch Regierungsrat Anton Gerner und Parteivizepräsident Klaus Wanger beiwohnten) trugen wesentlich dazu bei, dass die Tagung am vergangenen Samstag nachmittag für die 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (aus organisatorischen Gründen musste die Zahl beschränkt werden) ihren Zweck in jeder Beziehung erfüllt hat.

Der FBP-Abgeordnete Josef Biedermann, Planken, ging eingangs der Tagung kurz auf die Entstehungsgeschichte des Eigenheim-Förderungsgesetzes und dessen Weiterentwicklung bis heute ein. Im Laufe der Jahre erfuhr das Gesetz, das im übrigen auch einige politische Auswirkungen zeitigte, einige wesentliche Zusätze und Abänderungen, wie etwa die Förderung des Wohnungseigentums, die Förderung von Altbausanierungen, der Übergang von der Quadratmeter- zur Kubikmeterberechnung, die Einrichtung einer Wohnbau-Beratungsstelle (die allerdings – so wurde in der Diskussion festgestellt – noch nicht allen Ansprüchen gerecht wird) usw.

Ausgabenplan dieser Woche

Kein VOLKSBLATT am Donnerstag

Wegen des Feiertages Christi Himmelfahrt entfällt die Donnerstagsausgabe unserer Zeitung in dieser Woche. Das VOLKSBLATT erscheint noch einmal morgen Mittwoch und am kommenden Wochenende als Samstagsausgabe. Die Abschlusszeiten für die Samstagsausgabe müssen auf Mittwoch abend, den 11. Mai vorverlegt werden. Wir bitten unsere Inserenten, Manuskripte für die Samstagsausgabe bis am Mittwoch abend einzusenden, damit wir die Aufträge wunschgemäss durchführen können.

Eigentumsdenken im Wandel der Zeit

Ein Bild vom Eigentumsdenken in verschiedenen Zeitepochen skizzierte anschliessend Architekt Hansjörg Hilti aus Schaan. Während man in früheren Jahren der verdichteten Bauweise, die heute noch in einzelnen Dorfteilen deutlich erkennbar ist, aus verschiedenen Gründen den Vorzug gab, setzte später ein eigentlicher «Zersiedelungs-Prozess» ein, der auch die Gefahr mit sich brachte, dass die Identität für das Dorf (und damit auch für das Land) verloren gehen könnte. Ein heute schon deutlich erkennbares Umdenken sei vonnöten, um dieser Entwicklung Einhalt zu bieten. Unser kleines Land kann rund 100 000 Menschen Wohn- und Lebensraum geben, wenn auch die Wohnbauformen den Verhältnissen angepasst werden. Eine solche «alternative» Wohnbauform stellt die Siedlung «Kleinfeld» in Schaan dar, die im Anschluss an den Vortrag unter Führung von Hansjörg Hilti besichtigt werden konnte. Die Wohnbausiedlung – bestehend aus elf Eigenheimen, zwei Wohnungen und einem zentralen Platz auf einer Gesamtfläche von rund 1000 Klaffern – beherbergt zur Zeit 45 Erwachsene und



Mit Werner Näff von der Liechtensteinischen Landesbank konnte auch für die Finanzierungsfragen von staatlich gefördertem Wohnungseigentum ein ausgezeichnete Fachmann gewonnen werden. (Bild: Eddy Risch)

Kinder, die – so wurde in Gesprächen deutlich – mit der gewählten Wohnform sehr zufrieden sind. Auch die Tagungsteilnehmer könnten sich durchaus für eine solche entscheiden, wie aus einer anschliessenden «Abstimmung» im Tagungsort ersichtlich wurde.

Finanzierung von Eigenheimen

Einen breiten Raum an der JUNGE FBP-Tagung beanspruchte im Anschluss an die Besichtigung und eine Kaffeepause im herrlichen Garten des Bildungshauses Stein-Egerta die Orientierung über die Eigenheimfinanzierung durch Werner Näff von der Liechtensteinischen Landesbank. Der Beratungsexperte warnte eingangs davor, das Finanzierungsproblem auf die «leichte Schulter» zu nehmen und ermahnte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich schon so früh wie möglich informieren zu lassen, denn Probleme würden nur allzu oft dann entstehen, wenn der Bauwillige unter Zeitdruck gerät. Anhand eines Finanzierungsbeispiels für ein Eigenheim (Finanzierungsplan/Aufwandberechnung), das schliesslich noch zu einer lebhaften Diskussion führ-

te, wurde den Tagungsteilnehmern deutlich vor Augen geführt, mit welchen finanziellen Belastungen sie beim Bau eines Eigenheimes zu rechnen haben. Bei einer Bausumme von 330 000 Franken und Eigenmitteln und -leistungen in der vorgeschriebenen Höhe von zehn Prozent (33 000 Franken), hat der Bauherr beim derzeitigen Zinssatz von 4.5 Prozent mit einem monatlichen Gesamtaufwand (Kapitaldienst zuzüglich der Aufwendungen für Unterhalt, Versicherungsprämien, Heizung, öffentliche Abgaben etc.) von rund 1600 Franken zu rechnen.

Werner Näff betonte mehrmals, bei der Erstellung eines Finanzierungsplanes nicht nur von der Gesamt-Bausumme auszugehen, sondern jene Summe zur Berechnung heranzuziehen, die der Bauwillige auch wirklich in stande ist, monatlich oder jährlich zur Abzahlung aufzubringen.

Dass das Tagungsthema «Wohnbauförderung und Eigentumsbildung» viel Gesprächs- und Diskussionsstoff liefert, zeigte sich nochmals beim abschliessenden Abendessen im Restaurant Dux in Schaan. Manfred OEHRI

Heilmittelkontrollen

Kritische Stellungnahme des Vereins für Volksgesundheit

Da die von der schweizerischen Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel (IKS) ausgearbeiteten Richtlinien zur Heilmittelkontrolle auch in Liechtenstein wirksam sind, ist es in unserem Lande von Interesse, dass sich der Schweizerische Verein für Volksgesundheit (SVV) im Rahmen seiner Delegiertentagung vom letzten Wochenende in Bern in einer Resolution gegen Kontrollvorschläge der IKS zur Wehr setzt.

In einer Pressemitteilung des SVV heisst es zwar, es sei unbestritten, dass die heutige Heilmittelkontrolle nicht genüge. Mit dem vorliegenden Entwurf würde aber das Prinzip der Gewaltentrennung missachtet, weil die IKS das Recht erhalte, in eigener Sache selbst rechtswirksam zu entscheiden und zur Durchsetzung eigener Verfügungen Strafkompentzen erhalte. Die Konferenz der Sanitätsdirektoren der Kantone wäre gleichzeitig gesetzgebende Behörde und Aufsichtsorgan über die von ihr bestellte Rekurskommission. Die Verwaltung würde ebenfalls von den Sanitätsdirektoren gewählt und könnte rechtsverbindliche Erlasse beschliessen. Laut SVV wäre damit die IKS keiner parlamentarischen Kontrolle unterstellt und es bestünde kein Initiativ- und Referendumsrecht. Ausserdem bestünde mit der geplanten Änderung die Gefahr, dass unter dem Vorwand, die Wirksamkeit von Naturheilmitteln sei wissenschaftlich nicht nachweisbar, die Zulassung solcher Medikamente erschwert oder verunmöglicht würde.

dere die Meeresküsten mit ihren touristischen Einrichtungen, denaturieren vielerorts den Küstensaum. Die Ufer der grösseren Seen sind den gleichen Gefahren ausgesetzt, bilden doch auch sie bedeutende Anziehungspunkte für Erholungssuchende. Allein auf dem Bodensee tummeln sich um die 40 000 Motor- und Segelboote. Auch die Fliessgewässer sind in Mitteleuropa häufig bis zum kleinsten Gerinne verbaut.

Jedes Mitgliedsland wird nun gemäss eigenen Prioritäten sein Aktionsprogramm mit Hilfe der verschiedensten Medien durchführen. Im Europarat wird hierzu auf der internationalen Ebene mit einer Konvention die politische Aktion gesetzt. Vom Informationszentrum wird einiges Basismaterial für alle Staaten gemeinsam entwickelt. Gemeinsames Emblem auf allen Werbeträgern stellt der Flussregenpfeifer (Charadrius dubius) dar. Diese europaweit gefährdete Vogelart ist der typische Indikator für noch einigermaßen intakte Ufer der Meere, Seen und Fliessgewässer.

Bedeutung für Liechtenstein

Die anlaufende Kampagne wird sich in Liechtenstein, als europäisches Binnenland ohne grössere Seen, vor allem mit der Bedeutung und dem Schutz der naturnahen Fliessgewässer beschäftigen. Durch wasserbauliche Massnahmen ist allzuviel an Vielfalt schon verschwunden. Die Grundwasserabsenkungen im Alpenrheintal haben zudem zur Austrocknung vieler Fliessgewässer geführt. Die Sonderbriefmarke, als einer der Medienträger, soll mithelfen, das Problembewusstsein für unsere Bäche und Flüsse in naturnaher Ausgestaltung zu wecken. Durch die Verbreitung der Briefmarken in aller Herren Länder kann sie mithelfen, die Strassburger Kampagne auch einem breiten Kreis bekanntzumachen. Die Umwelt braucht Ihre Stimme!

Schutz der naturnahen Fliessgewässer

Am 6. Juni erscheint eine Sonderbriefmarke zur Europarats-Kampagne

Im Rahmen der Sonderserie über «Internationale Aktionen und Gedenkjahre» erscheint am 6. Juni u. a. auch eine Briefmarke im Hinblick auf die Europaratskampagne «Schutz der Ufer und Gestade». Das Motiv der Briefmarke, das an das Naturschutzgebiet um das Heillos in Triesen erinnert, wurde von Hanspeter Gassner, Vaduz, entworfen. In der Begleitbroschüre zur Sonderbriefmarkenserie, die das Amt für Briefmarkengestaltung herausgibt, erläutert Mario F. Broggi den Sinn und die Zielsetzung der Europaratskampagne.

Hauptziel des Europarates ist es, zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Förderung der humanen Werte beizutragen. Gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene drängt sich insbesondere auch für den Natur- und Umweltschutz auf. Eine der grössten diesbezüglichen Manifestationen stellte die Durchführung eines Europäischen Naturschutzjahres 1970 dar. Dies war ein erster europaweiter Versuch, die Öffentlichkeit für die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu sensibilisieren. Zur Vorbereitung dieser Aktivitäten wurde eine Naturschutz-Informationszentrale beim Europarat eingerichtet. Über ein Netz von nationalen Agenturen sollten Kontakte zu den Behörden, der Presse sowie zur

breiten Öffentlichkeit hergestellt werden. Von Public-Relationsfachleuten wurde nachträglich festgestellt, dass dieses Naturschutzjahr 1970 einen der besten Werbeerfolge für eine Idee darstellte. Die Konstellation war günstig. Die Umweltbelastung erreichte die Haustüren, der Zweifel an der technischen Machbarkeit und der Wandel des Fortschrittsbegriffes bildeten die Voraussetzungen zu diesem Erfolg. Es wird eines der bleibenden Verdienste des Europarates sein, hierzu die nötigen Impulse gegeben zu haben. Das aufgebaut Informationszentrum mit seinen Kontakten von Island bis Malta, von Portugals bis Zypern und darüber hinaus

durfte nicht mehr aufgegeben werden. Es wurde als Institution verankert, zum Nutzen der europäischen Naturschutzarbeit. Nach der Idee mit dem Naturschutzjahr – weitere «Jahre» auf anderen Sachgebieten folgten – wurde nach einer weiteren Formel gesucht: den regelmässigen Umwelt-Kampagnen. Wurde zuerst für Naturschutz schlechthin geworben, so versuchte man anschliessend das Schlagwort Stück für Stück publikumswirksam zu «verkaufen». Dabei ist der Europarat Initiator und Schaltstelle. Die Werbewirksamkeit der Gesamtkampagne ist davon abhängig, in welcher Weise die einzelnen Mitgliedsstaaten, auf ihre Bedürfnisse abgestimmt, die Kampagne laufen lassen.

Die jetzt schon vierte europaweit initiierte Öffentlichkeitskampagne ist dem «Schutz der Ufer und Küsten» gewidmet. Diese Kampagne wird im September 1983 anlässlich der 4. Europäischen Ministerkonferenz für Umweltschutz in Athen offiziell eröffnet.

Warum diese Themenwahl? Die Meeresküsten, die See- und Flussufer, der Nahtbereich Erde-Wasser ganz allgemein, stellen eine der ökologisch reichhaltigsten und vielfältigsten Kontaktzonen dar. Sie sind aber andererseits auch besonders verletzlich, sei es durch Verbauung oder Verschmutzung. Insbeson-

